

Frau Bundesjustizministerin Leutheusser Schnarrenberger  
Dr. Goerdeler  
Priesterkinder

David Weber Herr  
Menschenrechte für

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Dr. Goerdeler,

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. März und die Ermutigung dazu, sich weiter für die Rechte von Priesterkindern einzusetzen.

Ich möchte gerne anerkennen, dass das in Deutschland geltende Kindschaftsrecht fortschrittlich ist und auch Priesterkindern formal viele Rechte zugesteht. Es bleibt jedoch wahr, dass es ihnen in der Realität (eben auch von staatlicher Seite) sehr schwer gemacht wird, diese geltend zu machen. Sie selbst, Herr Dr. Goerdeler, gestehen dies in Ihrem Schreiben zu, sind sich aber womöglich der Größe der Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis nicht bewusst. Um z.B. den Kontakt des jeweiligen Kindes mit dem Vater zu ermöglichen (auf dieses Umgangsrecht sind Sie im Übrigen gar nicht eingegangen), bedürfte es, da zur Verhinderung eben oft Druck auf die Betroffenen angewandt wird, konkreter Regeln (ggf. der Schaffung eines Straftatbestandes), der das Ausüben dieses Drucks verbietet. Und um die völlig sittenwidrige Praxis von Unterhaltszahlungen nur gegen Unterzeichnung von "Schweigepapieren", die der Mutter verbieten den Vater zu nennen, wirksam zu bekämpfen, wäre die wirkliche Bereitschaft von Behörden erforderlich, diese Praxis zu untersuchen (auch zu den "Schweigepapieren" haben Sie sich im Übrigen gar nicht geäußert). Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Fälle jahrelangen Kindesmissbrauchs, von katholischen Amtsträgern begangen und von der Kirche vertuscht, zeigen Ihnen, dass, um vom "System katholische Kirche" verantwortetes Unrecht zu verhindern oder später zu ahnden, konsequentes, pro-aktives Handeln aller zuständigen Behörden nötig ist, ohne Angst vor gegebenen Machtstrukturen oder der Stellung der Kirche im Staat. Um es deutlich zu veranschaulichen: Das Recht der jeweiligen Kinder, nicht missbraucht, misshandelt oder belästigt zu werden, war rein formal auch immer gegeben, die Taten standen immer unter Strafe. Dass sie trotzdem jahrelang passieren und danach systematisch vertuscht werden konnten, lag auch am staatlichen Unwillen aufzuklären, und die bestehenden Gesetze eben auch anzuwenden.

Nun setzen Sie sich, Frau Bundesministerin, ja im Moment für mehr konsequente Aufklärung, generell mehr staatliches Selbstbewusstsein gegenüber der Kirche ein, ich möchte Sie aber bitten dies noch etwas umfassender zu tun und eben auch die Thematik Priesterkinder dabei nicht außen vor zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen,  
David Weber menschenrecht fuer priesterkinder.org